

Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Interdisziplinäre Doktorschule
Leiterin der Doktorschule: Prof. Dr. Ellen Bos



Britta Breser

Publish or Perish?

**Das transnationale Zusammenspiel zwischen Politik-PR und Journalismus
am Beispiel der Europäischen Kommission und der österreichischen
Printmedien**

Thesenblatt

Dissertation

2020

1.) Kontextualisierung und theoretische Einbettung

Das Zusammenspiel zwischen Kommunikator*innen politischer Institutionen und des Journalismus in ihrer Funktion als Informationsvermittler*innen für eine demokratische Öffentlichkeit in den Blick zu nehmen, heißt Vernetzungen und (Inter-)Dependenzen kommunikativer Handlungen zu fokussieren. Dabei werden Prozesse der Reproduktion, Transformation und Abbrüche von politischer Kommunikation sichtbar. Bis zu deren öffentlicher Hervorbringung oder deren Abbruch entstehen in diesem Kommunikationsprozess zwischen Akteur*innen der politischen Öffentlichkeitsarbeit bzw. Public Relations (im Folgenden: Politik-PR) und des Journalismus sowohl Gleichklang und Verstärkungen, als auch Reibungen, Konflikte und Brüche (u. a. Altmeppen, Röttger & Bentele 2004; Merkel, Russ-Mohl & Zavaritt 2007; Donges & Jarren 2017).

Wie verläuft dieses Zusammenspiel zwischen Politik-PR und Journalismus speziell in transnationalen Räumen? Welche Aspekte beeinflussen diese Prozesse grenzüberschreitender politischer Kommunikation? Aktuelle Befunde aus dem Bereich der politischen Kommunikation zur Europäischen Union (im Folgenden: EU) dienen als Beispiele, um den Kontext der vorliegenden Arbeit sowie gegenwärtige Anknüpfungspunkte zur transnationalen Kommunikation zwischen Politik und Journalismus darzustellen.

Demokratie im Spannungsfeld zwischen Transnationalisierung und Renationalisierung:

Politische Maßnahmen seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 zeigen Verdichtungen und Ausweitungen transnationaler Prozesse auf EU-Ebene. Zugleich ist auch eine Informalisierung von Politik jenseits demokratischer Verfahren mit der Konsequenz mangelnder Transparenz und dem Verlust von Legitimation zu beobachten (Daase 2009, 290; Hodson & Puetter 2016, 376). Auf der anderen Seite sind Renationalisierungstendenzen im Gange: Brexit, das Scheitern einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik und umstrittene nationale Gesetzgebungen, die eine Rückübertragung transnationaler Kompetenzen bezwecken, sind Beispiele aktueller europäischer Politikentwicklungen, die von einer Renationalisierung innerhalb der EU sowie einer Abwendung von transnationalen politischen Institutionen zeugen. Damit verbunden lassen sich nationalpopulistische Tendenzen feststellen, wodurch sich auch das Gesicht von Demokratie verändert (Liebert & Jennichen 2019).

In diesem Kontext nehmen Politik-PR und Journalismus eine zentrale gesellschaftliche Funktion und eine wesentliche Rolle als demokratischer Faktor für den politischen Diskurs im Spannungsfeld zwischen Transnationalisierung und Renationalisierung ein. Politische Kommunikation dient dabei als konstituierender Faktor demokratischer Prozesse. Denn die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren, ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für Demokratie (Dahl 1989, 111).

Übertragungsprobleme bei der Vermittlung transnationaler politischer Kommunikation:

„Communicating Europe“ ist ein Schlagwort, das spätestens seit den gescheiterten EU-Verfassungsreferenden von 2005 als zentrale Aufgabe der EU-Institutionen hervorgehoben wird. Die Wissenschaft diagnostiziert den EU-Institutionen jedoch ein „*Vermittlungsproblem*“ (Brüggemann 2008, 23) im transnationalen Kommunikationsfluss. Das jüngste Beispiel rund um den Brexit hat diese Problematik deutlich vor Augen geführt und wurde mitunter als Kommunikationskrise der EU-Institutionen bezeichnet (Welfens 2017, 62–68). Die Institutionen der EU sind nach wie vor auf die Leistungen des Journalismus angewiesen, um national geprägte europäische Öffentlichkeiten zu erreichen. Zugleich gibt es klare Befunde, dass sich nationale Journalismus-Kulturen auch explizit gegen Transnationalisierungsprozesse wenden: Den britischen Printmedien wird vorgeworfen, über Jahrzehnte hinweg EU-institutionenfeindliche Kritik geleistet zu haben (Copeland & Copsey 2017, 710–711). In Österreich steht unter anderem die Kronen Zeitung für eine Kampagnisierung gegen die EU (Schwarzenegger 2008, 26–27).

Ein Fokus auf den kommunikativen Übertragungsprozess von politischen Informationen bis zu deren öffentlicher Publikation ist aus Sicht der Demokratie-Entwicklung deshalb relevant, da im Zusammenspiel zwischen Politik-PR und Journalismus im transnationalen Raum der EU auch Anhaltspunkte zur Qualität demokratischer Diskurse gefunden werden können.

Veränderungen im Zusammenspiel zwischen Politik(-PR) und Journalismus:

Einflüsse der Politik auf den Journalismus und umgekehrt sind ein Thema, das seit den 1970ern immer wieder ins Blickfeld der Journalismus- und Kommunikationsforschung genommen wurde (u. a. Baerns 1991; Bentele, Liebert & Seeling 1997; Hoffjann 2001; Donges & Jarren 2017). Insgesamt lassen sich zur Beziehung und dem Verhältnis zwischen Vertreter*innen der Politik(-PR) und Journalist*innen aufgrund verschiedener empirischer Befunde und theoretischer Erklärungsansätze durchaus unterschiedliche Interpretationen finden.

Während die wissenschaftliche Literatur dazu seit einigen Jahren brach liegt, wird dem Verhältnis zwischen Politik und Medien seit der Trump-Administration in den USA und dem weltweit zunehmenden Nationalpopulismus zumindest in gesellschaftlichen Debatten gegenwärtig wieder neue Relevanz zugesprochen. Eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Politik und Journalismus wird auch in Österreich festgestellt: „*Die Grenzen verschieben sich dabei so rasant, dass Überschreitungen von allen Seiten geradezu zwangsläufig geschehen*“ (Plaikner 2019, 60). In der Verquickung von Politik und Journalismus zeigt sich zudem auch auf transnationaler Ebene ein neues Ausloten von Nähe und Distanz, wenn Journalist*innen österreichischer Medien nicht nur von nationalen, sondern auch von internationalen Politikvertreter*innen öffentlich als politische Gegner*innen kritisiert oder – wie von Jean-Claude Juncker 2018 – als Verbündete an die Seite genommen werden (Klenk et al. 2018).

Aus theoretischer Sicht greift die vorliegende Arbeit zunächst auf politik- und kommunikationswissenschaftliche Konzepte von Transnationalisierung und Europäisierung zurück: Wenn politische Kommunikationshandlungen Grenzen von Nationalstaaten überschreiten, entstehen neue kommunikative Verschränkungen. Dabei verliert einerseits die inhaltliche Prägekraft des Nationalstaats an Bedeutung, was vor allem im Beobachtungsraum der EU deutlich wird (Wessler & Brüggemann 2012, V). Andererseits sind kommunikative Beharrungskräfte von nationalen Medien in Europa nach wie vor nicht zu vernachlässigen (Cini & Pérez-Solórzano-Borragán 2017, 5).

Diesem Forschungsstrang schließt sich die vorliegende Arbeit an und macht genau 25 Jahre nach dem österreichischen EU-Beitritt von 1995 das Zusammenspiel zwischen der Europäischen Kommission und den österreichischen Printmedien zum Thema. Die im österreichischen Kontext bisher nur ansatzweise erforschte Thematik der Nachrichtenproduktion zur EU ist aus mehreren Perspektiven interessant: Da politische Zuständigkeiten auf EU-Ebene seit dem österreichischen EU-Beitritt einerseits durch Vertragsänderungen und andererseits durch neue Formen politischer Koordination und Kontrolle erheblich zugenommen haben (Church & Phinnemore 2016, 31–48), erhalten Nachrichtenentscheidungen und die damit verbundenen Kommunikationsprozesse zwischen Politik-PR und Journalismus zur EU besondere Relevanz. Wenn aktuell Konflikte zwischen Transnationalisierung und Renationalisierung an der politischen Tagesordnung in Europa stehen, kann die Intensität und Qualität einer kommunikativen Auseinandersetzung innerhalb transnationaler politischer Räume, welche in der Folge in den Medien abgebildet wird, auch als Indikator für den Grad der gesellschaftlichen Integration innerhalb dieser Räume dienen (Lünenborg 2004, 435).

Der empirische Forschungsstand zeigt zudem, dass eine akteur*innenzentrierte Ebene in der politischen Kommunikationsforschung zur EU bislang weitgehend vernachlässigt wurde (Altides 2009, 38). Die vorliegende Arbeit folgt daher der theoretischen Grundannahme, dass kommunikatives Handeln zwischen den Akteur*innen der Politik-PR und des Journalismus nicht bloß durch Inhalte und Strukturen beschrieben werden kann, sondern dass es für ein angemessenes Verständnis auch einen Einbezug der handelnden Akteur*innen braucht. Die Akteur*innen im Prozess der transnationalen politischen Kommunikation werden somit als wesentliche Grundlage für die Gestaltung politischer Kommunikation und ihrer Veröffentlichung sowie für ihren Abbruch konzipiert.

2.) Forschungsfragen und empirische Vorgehensweise

Die vorliegende Arbeit fragt danach, ob, wie, unter welchen Bedingungen und mit welchen Konsequenzen politische Kommunikation in der Transnationalisierung verhandelt, hervorgebracht oder auch verhindert wird. Welche Parameter im Zusammenspiel zwischen Politik-PR und Journalismus dabei Durchlässigkeiten bzw. Undurchlässigkeiten für transnational vermittelte politische Kommunikationsinhalte ergeben, soll festgestellt werden.

Angesichts dieser Zielsetzungen fokussiert sich die erste Forschungsfrage auf die Inhalte österreichischer Printmedien, die sich auf die Europäische Kommission beziehen. Es stellt sich zunächst die Frage, ob die Europäische Kommission und deren zugehörige Akteur*innen von Journalist*innen österreichischer Printmedien überhaupt zum Thema gemacht werden, und wenn ja, wie und in welchem Ausmaß diese Inhalte dargestellt werden. Die erste Forschungsfrage lautet daher:

In welcher Weise werden die Europäische Kommission und ihre zugehörigen Akteur*innen in den österreichischen Printmedien abgebildet?

In einem zweiten Schritt stehen die Beamt*innen der Europäischen Kommission und die Journalist*innen österreichischer Medien im Blickpunkt des Forschungsinteresses. Zunächst wird die Frage nach ihren Kommunikationsinteressen und Motiven gestellt, wenn es um die Publikation von Inhalten zur Europäischen Kommission geht. Überlappende und konfligierende Motive aus Akteur*innensicht, die als Grundlage für kommunikatives Handeln zwischen den beiden Kommunikationsinstanzen zu einer Veröffentlichung führen bzw. Veröffentlichungen möglicherweise von vornherein unterbinden, sollen im Vergleich erhoben werden. Die zweite Forschungsfrage lautet daher:

Welche Motive spielen aus der Perspektive der Journalist*innen und Beamt*innen der Europäischen Kommission eine Rolle, um Informationen über die Europäische Kommission zu den österreichischen Medienkonsument*innen zu bringen?

Ein weiterer Aspekt, der im Zuge der Erhebung geklärt werden soll, ist die Frage nach den allgemeinen Verstärkern und Hindernissen im Nachrichtenproduktionsprozess zu Inhalten der Europäischen Kommission aus der Sicht der Akteur*innen. Dadurch sollen Determinanten identifiziert werden, die Durchlässigkeiten bzw. Undurchlässigkeiten von Kommunikationsflüssen bedingen. Begrenzungen und/oder Entgrenzungen des journalistischen Feldes von jenem der Politik-PR und umgekehrt sollen erhoben werden. Als Forschungsfrage ergibt sich daraus:

Welche Verstärker und Hindernisse benennen die Akteur*innen der Europäischen Kommission und des österreichischen Journalismus, die eine Veröffentlichung bzw. Nicht-Veröffentlichung von Inhalten zur Europäischen Kommission zur Folge haben?

Um Einblick in Determinanten zu erhalten, die eine Veröffentlichung oder Nicht-Veröffentlichung von Inhalten zur Europäischen Kommission bedingen, werden auch Informationen zu den Kommunikationsbeziehungen der Beamt*innen der Europäischen Kommission und der Journalist*innen österreichischer Printmedien benötigt. Die vierte Forschungsfrage zielt daher zunächst auf die Feststellung der Formen, Häufigkeiten und Intensitäten kommunikativer (Austausch-) Beziehungen. Darüber hinaus wird analysiert, inwiefern die jeweiligen Kommunikationshandlungen bei der Überwindung des nationalen Rahmens Konvergenz oder Divergenz zeigen – sichtbar zum Beispiel durch Anpassung, Abgrenzung oder Konflikte zwischen den Journalist*innen und Beamt*innen der Europäischen Kommission. Die vierte Forschungsfrage lautet daher:

Wie werden die gegenseitigen Kommunikationsbeziehungen zwischen den Beamt*innen der Europäischen Kommission und den österreichischen Journalist*innen von den Akteur*innen selbst beschrieben?

Aufgrund bisher nur weniger Erkenntnisse zum transnationalen Zusammenspiel von Politik-PR und Politik-Journalismus sowie fehlender Aktualisierungen im österreichischen Kontext ist die vorliegende empirische Analyse vor allem als explorative Studie konzipiert. Aus methodischer Sicht orientiert sich die Untersuchung vorrangig an Zugängen, welche die Exploration vielfältiger Perspektiven auf den transnationalen Kommunikationsprozess zwischen der Europäischen Kommission und dem österreichischen Journalismus berücksichtigen. Dafür sind unterschiedliche quantitative und qualitative methodische Zugänge und Daten notwendig. Die empirische Forschung wurde daher in ein vierstufiges Erhebungsdesign gegliedert:

Tabelle 1: Empirisches Erhebungsdesign

Zeit	Empirische Methode	Zielgruppe/Material
August 2015 – Januar 2016	Inhaltsanalyse	fünf österreichische Tageszeitungen: <i>Die Presse, Der Standard, Kurier, Kronen Zeitung, Kleine Zeitung</i>
März – April 2017	Leitfaden-Interviews I	sechs Korrespondent*innen österreichischer Medien in Brüssel; Leiter der Pressearbeit/Presse Sprecher der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien
Juli – September 2017	Online-Befragung	262 Journalist*innen österreichischer Printmedien
September – Oktober 2017	Leitfaden-Interviews II	zwölf ausgewählte Beamt*innen der Europäischen Kommission in Brüssel

3.) Ergebnisse

Zusammenfassung I

Inhaltsanalyse fünf österreichischer Tageszeitungen: *Die Presse, Der Standard, Kurier, Kronen Zeitung, Kleine Zeitung*

Durch die Analyse wurden signifikante Übereinstimmungen zwischen den ideologisch bzw. nach Medienhäusern unterschiedlich einzuordnenden Printmedien sowohl auf formeller, thematischer als auch auf wertender Ebene gefunden. Die Ergebnisse sind nur geringen Schwankungen unterworfen – vor allem in Bezug auf das medienübergreifende Agenda Setting, die Selektion der Informationen nach ähnlichen Auswahlkriterien sowie auf die ähnliche Auswahl an Genres, den Umfang und die Aufmachung der Berichterstattung über die Europäische Kommission. Deutliche Differenzen lassen sich – insbesondere bei den Kategorien Politikbereiche, Anlässe und Wertungen – jedoch bei der *Kronen Zeitung* identifizieren.

1.) Formale Identifikation: In der analysierten Stichprobe (870 Zeitungsausgaben) werden die Europäische Kommission und/oder ihre zugehörigen Akteur*innen in fast 70 Prozent der untersuchten Printexemplare zumindest ein Mal genannt. Insgesamt entsprachen im Zeitraum der sechsmonatigen Analyseperiode (August 2015 – Jänner 2016) 1380 Artikel den vorgegebenen Kriterien zur Codierung. Im gesamten Untersuchungszeitraum sticht die sogenannte „Qualitätspresse“ mit einem deutlichen Überhang heraus.

Die Häufigkeit der Berichterstattung zur Europäischen Kommission fällt durchaus nicht gering aus. Generell muss jedoch festgehalten werden, dass die eigenständigen Aktivitäten der Europäischen Kommission den Journalist*innen der analysierten österreichischen Printmedien überwiegend nicht als Impetus für eine Medienberichterstattung oder Meinungsartikulation dienen. Der insgesamt hohe Wert an Artikeln mit Nennungen der Europäischen Kommission und/oder ihrer zugehörigen Akteur*innen im gesamten Untersuchungszeitraum birgt zudem die Gefahr der Blendung in sich: Es muss berücksichtigt werden, dass die Europäische Kommission und ihre Akteur*innen in etwas mehr als der Hälfte der analysierten Berichterstattung von den Journalist*innen als Nebenthema behandelt werden und in etwa einem Zehntel der Artikel bloß genannt werden.

Die Nachricht und der Bericht (eine etwas längere journalistische Darstellungsform auf Basis der Nachricht) sind medienübergreifend das mit Abstand beliebteste Genre. Der Hintergrundbericht (eine detailliertere Veranschaulichung von Sachverhalten) und die Reportage (ein Hintergrundbericht mit dramaturgischer Aufbereitung) erhalten deutlich weniger Relevanz im Rahmen der Berichterstattung zur Europäischen Kommission. Eine hohe Anzahl an Nennungen der Europäischen Kommission und/oder ihrer zugehörigen Akteur*innen ist bei der Mehrzahl der untersuchten Tageszeitungen in

den Wirtschaftsressorts ersichtlich. Die häufige Nennung in der Kategorie „Aktuelles“ weist wiederum auf die Bedeutung der Tagesaktualität der Berichterstattung zur Europäischen Kommission hin.

2.) Thematische Klassifikation: Der in allen Printmedien bei weitem am häufigsten erwähnte Politikbereich im Zusammenhang mit der Europäischen Kommission war im Zeitraum der Analyse Justiz und Inneres. Ein Konnex zur aktuellen politischen Lage in Europa im Zeitraum der Untersuchung (Flüchtlings-, Asyl- bzw. Terrorbekämpfungsthemen) wird dadurch deutlich. Neben dem Bereich Finanz und Wirtschaft kann durch die Analyse auch ein Fokus auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen, die in internationalen beziehungsweise globalen Zusammenhängen stehen und mit der Europäischen Kommission verbunden werden, herausgelesen werden. Politikbereiche, die sich wiederum konkret auf Bürger*innen auswirken oder die Europäische Kommission mit Innovation bzw. für Österreich charakteristischen EU-Themen in Verbindung bringen, wurden im Zeitraum der Analyse in den Printmedien nur in geringem Ausmaß in Zusammenhang mit der Europäischen Kommission angesprochen.

Die Europäische Kommission nimmt in der Berichterstattung der österreichischen Printmedien eine geringe Bedeutung als alleinige politische Akteurin ein. Eine Medienberichterstattung wird dann am häufigsten publiziert, wenn die Europäische Kommission im Zusammenspiel mit anderen EU-Akteur*innen auftritt. Sie wird vor allem mit politischen Handlungen und nicht mit politischen Diskussionen in Zusammenhang gebracht. Mehrheitlich kommen in der Berichterstattung zur Europäischen Kommission keine oder kaum andere Sprecher*innen mit ihren Positionen und unterschiedlichen Perspektiven zu Wort.

3.) Wertende Klassifikation: Zum Stellenwert der Europäischen Kommission und ihrer zugehörigen Akteur*innen ist festzuhalten, dass sie in einer überwiegenden Anzahl der analysierten Berichterstattung und Meinungsartikulation in den österreichischen Printmedien als Nebenthema erwähnt werden und sich nicht an prominenten redaktionellen Plätzen der analysierten Printmedien finden. Die Mehrheit der analysierten Berichterstattung und Meinungsartikulation stellt die Europäische Kommission und ihre zugehörigen Akteur*innen als aktive Akteur*innen in der Berichterstattung dar bzw. verbindet sie mit ablehnender, negativ kritischer, pessimistischer oder lächerlich machender Bewertung. Nur ein Siebentel der Artikel, die in der Analyse eine direkte Bewertung zuließen, verknüpft die Europäische Kommission und deren zugehörige Akteur*innen mit positiven, zustimmenden, optimistischen oder lobenden Bewertungen. Knapp ein Viertel der Artikel stellt der Europäischen Kommission sowohl positive als auch negative Bewertungen aus. Die *Kronen Zeitung* sticht in diesem Zusammenhang besonders hervor, weil sie im Zeitraum der Analyse keinen Artikel aufweist, welcher die Europäische Kommission mit nur positiven Eigenschaften in Verbindung bringt.

Zusammenfassung II

Online-Befragung: 262 Journalist*innen österreichischer Printmedien

Leitfaden-Interviews I: sechs EU-Korrespondent*innen österreichischer Medien in Brüssel,
Pressesprecher der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien

Leitfaden-Interviews II: drei Pressesprecher*innen des Spokesperson's Service der Europäischen Kommission in Brüssel, neun Kommunikationsverantwortliche in Kabinetten der Kommissar*innen der Europäischen Kommission in Brüssel

1.) Interaktionen: Fast zwei Drittel der befragten Journalist*innen österreichischer Printmedien haben schon einmal im Rahmen ihrer journalistischen Arbeit zur Europäischen Kommission recherchiert. 16 Prozent benötigen mehrmals die Woche oder täglich Informationen zur Europäischen Kommission. 18 Prozent der Befragten geben an, diese mehrmals im Monat zu verwenden. Im Gegensatz dazu braucht ungefähr ein Drittel der Journalist*innen gar keine Informationen zur Europäischen Kommission. Sechs Prozent aller Befragten schließen es auch grundsätzlich aus, solche Informationen in Zukunft zu benötigen. Bei der Recherche zu Belangen der Europäischen Kommission greifen die befragten österreichischen Journalist*innen überwiegend auf Informationen von österreichischen Quellen zurück. Den direkten Weg zur Europäischen Kommission, um Informationen zu ihren Belangen zu erhalten, nimmt nur eine knappe Mehrheit der befragten Journalist*innen „oft“ bzw. „manchmal“ in Anspruch. Tageszeitungsjournalist*innen, Männer und jene Journalist*innen mit einer positiven Einstellung zur EU interagieren deutlich häufiger mit der Europäischen Kommission.

Die Europäische Kommission wird von Journalist*innen österreichischer Printmedien am häufigsten als „Partnerin für EU-Kommunikation“ oder „Lobbyistin für eigene Interessen“ bezeichnet. Für etwas mehr als ein Drittel der Journalist*innen dient sie als „Input-Geberin für weitere Storys“ – ein Hinweis darauf, dass der Europäischen Kommission mitunter Raum für Kommunikationsanstöße gegeben wird. Eindeutig negative Assoziationen wie „Manipulatorin“, „Blockiererin“ oder „Gegenspielerin“ befinden sich in der Minderheit. Wurde mit der Europäischen Kommission schon einmal Kontakt aufgenommen, erhalten positive Bilder noch deutlich größere Zustimmung als bei jenen Befragten, die mit der Europäischen Kommission noch nie in Kontakt getreten sind. Im Zusammenspiel zwischen der Europäischen Kommission und dem österreichischen Printjournalismus tritt zudem ein komplexes Gefüge an Verbindungsgliedern zwischen den Kommunikationsakteur*innen auf: Zu dieser Gruppe gehören Brüssel-Korrespondent*innen, die Vertretungen der Europäischen Kommission in den EU-Mitgliedsländern, Kommissar*innen, (Konkurrenz-)Medien und politische Interessensgruppen bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen.

Die EU-Korrespondent*innen österreichischer Medien in Brüssel interagieren mit den Beamt*innen der Europäischen Kommission durchaus häufig, wobei die Kontakte zu den Pressesprecher*innen und den Kommunikationsverantwortlichen in den Kabinetten unterschiedlich verlaufen und nationale

Komponenten mitunter bestimmend sind. Was sie eint, sind facettenreiche Beschreibungen der gegenseitigen Verhältnisse – es wird von Freundschaft und Partnerschaft, aber ebenso von Gegenspieler*innen und konfliktreichen Beziehungen gesprochen. Während die Befragung der Journalist*innen österreichischer Printmedien keine konkreten Einblicke in Konflikte mit der Europäischen Kommission gibt, wird sowohl von den Korrespondent*innen als auch von den Beamt*innen der Europäischen Kommission von Konflikten berichtet: Mangelnde europäische Perspektiven und Falschberichterstattung bzw. Bevorzugungen ausgewählter Medien, verschlossene und wenig transparente Kommunikationsstrategien unter der Juncker-Administration und das Abblocken von Journalist*innen werden als hauptsächliche Konfliktherde bezeichnet.

2.) Motive: Um Informationen über die Europäische Kommission zu den österreichischen Medienkonsument*innen zu bringen, spielen vielfältige Motive eine Rolle. Als relevanteste Komponenten haben sich herausgestellt:

Europäische versus österreichische Perspektive: Die Europäische Kommission wird von einer deutlichen Mehrheit der Journalist*innen österreichischer Printmedien besonders dann als Ansprechpartnerin genützt, wenn es um österreichische Angelegenheiten im europäischen Kontext oder um Angelegenheiten der EU geht. Ihr diesbezügliches Kommunikationsinteresse bezieht sich sowohl auf die Einordnung österreichischer Themen in einen grenzüberschreitenden Zusammenhang als auch das Einbringen internationaler Themen in die österreichische Debatte. Auch Korrespondent*innen österreichischer Medien in Brüssel deklarieren das Motiv, vor allem nationale Interessen in der Berichterstattung zu betonen. Unter ihnen wird aber auch Widerspruch deutlich: Mitunter heiße Brüssel-Korrespondent*in zu sein, sich auch auf die Seite der Beamt*innen der Europäischen Kommission zu stellen und die sogenannte „europäische“ Perspektive einzunehmen. Von Seiten der Europäischen Kommission wird zuallererst die „europäische Perspektive“ in den Vordergrund gestellt. Allerdings macht die Zusammenschau der Interviews nicht völlig klar, ob die Pressesprecher*innen und Kommunikationsverantwortlichen in den Kabinetten der Kommissar*innen speziell europäische oder mitunter auch bevorzugt nationale/regionale (sowie in einzelnen Fällen auch globale) Perspektiven betonen wollen. Eine Regionalisierung der Inhalte wird unter anderem vom jeweiligen Portfolio, aber mitunter auch von der Sensibilität des Themas für die einzelnen EU-Nationalstaaten und ihrem Einfluss auf das gesamteuropäische Zusammenleben abhängig gemacht.

Thematische Präferenzen: Wenn Printjournalist*innen österreichischer Redaktionen mit der Europäischen Kommission in Kontakt treten bzw. über sie recherchieren, so werden am häufigsten die Bereiche Wirtschaft und Umwelt genannt. Auffallend ist, dass von einem beträchtlichen Teil der Befragten auch Bildungsthemen und Soziales mit der Europäischen Kommission verknüpft werden, wobei diese beiden Bereiche eigentlich kaum auf europäischer Ebene vergemeinschaftet sind. Tageszeitungsjournalist*innen unterscheiden sich hier von den Journalist*innen des übrigen

Printmedienspektrums: Sie zeigen für die Themen Wirtschaft, Wettbewerb, EU-Erweiterung, Handel und Binnenmarkt deutlich größeres Interesse als die Journalist*innen der sonstigen Printmedien. Korrespondent*innen betonen wiederum Hintergrund- und Exklusivinformationen sowie neue Blickwinkel auf politische Themen als Motiv, um in Kontakt mit der Europäischen Kommission zu treten.

Persönliche und institutionelle Kommunikationsprioritäten: Ein hoher Anteil der befragten Journalist*innen deklariert ein Interesse an der Erklärung komplexer Sachverhalte und an neutraler und präziser Information. Die Akteur*innen der Europäischen Kommission betonen wiederum die Vermittlung von Sachlichkeit und Faktizität sowie die unter Juncker als Konsequenz der Finanz- und Wirtschaftskrise ausgerufene „positive Agenda für Europa“ als Kommunikationspriorität. Von den Korrespondent*innen wird den Beamt*innen der Europäischen Kommission die Vermittlung von Harmonie für das Zusammenleben in Europa bzw. Konfliktscheu als leitendes Motiv für Kommunikationshandlungen unterstellt, was deren Berichterstattungsinteresse hemme. Die Beamt*innen identifizieren wiederum das EU-Wissen der Journalist*innen und deren jeweiliges Berufsbild als beeinflussende Faktoren für Kommunikationsmotive.

Struktur der Medien und der Europäischen Kommission: Neben Verkaufszahlen der Printprodukte und ökonomischen Argumenten werden auch inhaltliche Vorgaben der Medienbetriebe (z. B. fixe Verankerungen von Zeitungsteilen zu EU-Inhalten) als inhaltliches Kommunikationsinteresse der Medienbetriebe interpretiert, das die Kommunikationsmotive der Journalist*innen beeinflusst. Bei der Europäischen Kommission stellt sich die durch Juncker errichtete Kommunikationsstruktur als bestimmendes und umstrittenes Kommunikationsmotiv in Hinblick auf Journalist*innenkontakte heraus.

3.) Verstärker: Mit einer Mehrheit von mindestens zwei Drittel der befragten Printjournalist*innen österreichischer Medien werden vor allem folgende Kommunikationsaktivitäten der Europäischen Kommission als Verstärker der redaktionellen Arbeit betrachtet: Hintergrundinformationen vermitteln, transparent mit Nachrichten umgehen, die Kompliziertheit europäischer Politik entziffern, Anknüpfungspunkte für Themen, die gerade aktuell sind, bieten sowie positive Seiten der EU aufzeigen. Letzteres kann als Hinweis gedeutet werden, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Europäischen Kommission als mitunter zu negativ wahrgenommen wird. Eine verständlichere Sprache sowie eine offensivere Kontaktabahnung (unter anderem auch der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien) werden als hilfreich angesehen, was zugleich auch Beeinflussungsmöglichkeiten der Europäischen Kommission andeutet.

Von den Korrespondent*innen werden spezifische Merkmale einer Aufbereitung der Kommunikationsinhalte durch die Beamt*innen der Europäischen Kommission häufig als Verstärker für die eigene Berichterstattung zur Europäischen Kommission benannt, was als Zeichen für die

Wirksamkeit institutioneller Kommunikationsarbeit interpretiert werden kann. Hierzu werden speziell nationalisierte/regionalisierte Inhalte der Europäischen Kommission als unterstützende Faktoren für eine Medienpublikation betrachtet. Darüber hinaus spielen Social-Media-Kanäle der Europäischen Kommission eine relevante Rolle für die Korrespondent*innen. Auch andere Quellen außerhalb der Europäischen Kommission wie die Berichterstattung von (Konkurrenz-)Medien verstärken eine Berichterstattung zur Europäischen Kommission.

Bei den Beamt*innen werden vor allem Journalist*innen und der journalistische Nachrichtenwert von Inhalten der Europäischen Kommission als relevante Faktoren für eine Veröffentlichung entziffert. Häufig werden gesellschaftlichen und politischen Einflussfaktoren, der Struktur und Organisation der Europäischen Kommission und den Kommissar*innen Relevanz zugeschrieben, die Veröffentlichungen zur Europäischen Kommission möglich machen – mitunter verbunden mit herkunftsabhängigen Komponenten der Kommunikationsakteur*innen. Arbeitsstile, die Journalist*innen entgegenkommen, werden außerdem als wesentlich für eine Veröffentlichung eingeschätzt, was wiederum die Rolle der Journalist*innen als Gatekeeper im Nachrichtenproduktionsprozess zu Inhalten der Europäischen Kommission betont. Ebenso wie die Journalist*innen messen auch die Beamt*innen anderen Quellen außerhalb der Europäischen Kommission Bedeutung für die Veröffentlichung von Inhalten zur Europäischen Kommission zu (*siehe auch Kapitel 4.) Implikationen*).

4.) Hindernisse: Fehlender Platz im eigenen Medium, fehlende Ansprechpersonen in der Europäischen Kommission sowie fehlendes Verständnis der Leser*innenschaft werden von mindestens der Hälfte der befragten Journalist*innen österreichischer Printmedien als eher hinderlich oder hinderlich für eine Berichterstattung zur Europäischen Kommission angesehen. Bei den Antwortbereichen hinsichtlich mangelnder zeitlicher Ressourcen und fehlender Relevanz der Europäischen Kommission und ihrer Inhalte für die Berichterstattung sind sich die Befragten uneins. Während die befragten Journalist*innen mangelnde eigene Sprachkenntnisse und fehlende EU-Kenntnisse nur selten als Hindernis wahrnehmen, werden diese Komponenten sowohl von den Korrespondent*innen als auch von den Beamt*innen der Europäischen Kommission als hinderlich betont.

Die Korrespondent*innen benennen häufig die Struktur und Organisation der Europäischen Kommission (speziell die Veränderungen der Kommunikationspolitik unter Jean-Claude Juncker) sowie die Darstellung ihrer Inhalte als Hindernis für eine Veröffentlichung von Nachrichten zur Europäischen Kommission (u. a. fehlende Kontroversität und Regionalisierung). Weitere Faktoren, die ebenfalls als hinderlich aufgezählt werden, sind gesellschaftliche und politische Umstände, die Organisation im Mediensystem, der journalistische Arbeitsstil sowie persönliche Eigenschaften der Journalist*innen. Von den Beamt*innen der Europäischen Kommission werden ebenfalls gesellschaftliche und politische Gründe sowie Ursachen in den Medien festgestellt, welche die Publikation einer Nachricht zur Europäischen Kommission erschweren (u. a. das Zusammenspiel der Korrespondent*innen mit der

Herkunftsredaktion). Wie die Korrespondent*innen erkennen auch sie Hindernisse sowohl in der eigenen Kommunikationsarbeit (u. a. Probleme mit regionalen und audiovisuellen Medien, Medienkonsum der Beamt*innen), in der Struktur und Organisation der Europäischen Kommission (u. a. Vertretungen in den Mitgliedsländern) sowie im Berufsfeld des Journalismus. Auch hier wird vor allem der journalistische Arbeitsstil mit seinen Selektionsentscheidungen hervorgehoben. Die Beschaffenheit des EU-Mehrebenensystems ist eine ebenso häufig genannte Ursache, die aus Sicht der Beamt*innen Veröffentlichungen zur Europäischen Kommission be- bzw. verhindert.

4.) Implikationen

Die empirische Untersuchung belegt, dass sich im kommunikativen Austausch zwischen der Europäischen Kommission und dem österreichischen Journalismus Einfluss- und Abgrenzungshandlungen sowie mitunter auch neue transnationale Strukturbildungen bzw. Perspektiven der Entgrenzung ergeben (Wessler & Brüggemann 2012, 12). Letzteres zeigt sich speziell bei den Korrespondent*innen österreichischer Medien in Brüssel in ihrer Vermittler*innenrolle zwischen der transnationalen und der nationalen Ebene.

Generell sollte den „Mittler*innen“ künftig mehr Beachtung geschenkt werden, da sie Inhalten der Europäischen Kommission zu mehr Durchlässigkeit bis hinein in die Medienlandschaft verhelfen: Den empirischen Analysen dieser Arbeit zufolge tritt beim transnationalen Zusammenspiel zwischen der Europäischen Kommission und dem österreichischen Printjournalismus ein komplexes Gefüge an Kommunikationsakteur*innen auf, welches bislang nicht oder nur ungenügend in der Analyse der Verhältnisse zwischen PR und Journalismus mitgedacht wurde. In bisherigen theoretischen Konzepten werden komplexe Kommunikationsbeziehungen, die sich in transnationalen Räumen häufig ergeben, vernachlässigt. Weitgehend fehlt eine stärkere Berücksichtigung von „Übersetzungsleistungen“ zwischen den Kommunikator*innen der politischen Kommunikation im transnationalen Raum, denn vielfach treten die Beamt*innen der Europäischen Kommission und die Journalist*innen nicht über den direkten Weg in Kontakt. Den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit zufolge spielen neben den Brüssel-Korrespondent*innen vor allem die Vertretungen der Europäischen Kommission in den EU-Mitgliedsländern und die Kommissar*innen (speziell in ihrer Kommunikationsrolle in den eigenen Herkunftsländern) sowie (Konkurrenz-)Medien aus anderen EU-Ländern und europäische bzw. nationale politische Interessensgruppen bzw. zivilgesellschaftliche Organisationen eine relevante Rolle als Verbindungsglieder zwischen der Europäischen Kommission und dem Journalismus in den EU-Mitgliedsländern.

Literaturverzeichnis

Altides, Christina (2009): *Making EU Politics Public. How the EU institutions develop public communication.* Baden-Baden: Nomos.

Altmeppen, Klaus-Dieter, Röttger, Ulrike & Bentele, Günter (Hg.) (2004): *Schwierige Verhältnisse. Interdependenzen zwischen Journalismus und PR.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Baerns, Barbara (1991): *Öffentlichkeitsarbeit oder Journalismus? Zum Einfluss im Mediensystem.* Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

Bentele, Günter; Liebert, Tobias & Seeling, Stefan (1997): *Von der Determination zur Intereffikation. Ein integriertes Modell zum Verhältnis von Public Relations und Journalismus.* In: Bentele, Günter & Haller, Michael (Hg.): *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit: Akteure, Strukturen, Veränderungen.* Konstanz: UVK, 225–250.

Brüggemann, Michael (2008): *Europäische Öffentlichkeit durch Öffentlichkeitsarbeit. Die Informationspolitik der Europäischen Kommission.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Church, Clive & Phinnemore, David (2016): *From the Constitutional Treaty of Lisbon and Beyond.* In: Cini, Michelle & Pérez-Solórzano-Borrágán, Nieves (Hg.): *European Union Politics.* Oxford: Oxford University Press, 30–49.

Copeland, Paul & Copsy, Nathaniel (2017): *Rethinking Britain and the European Union: Politicians, the Media and Public Opinion Reconsidered.* *Journal of Common Market Studies*, 55/4, 709–726.

Daase, Christopher (2009): *Die Informalisierung internationaler Politik: Beobachtungen zum Stand der internationalen Organisation.* In: Dingwerth, Klaus (Hg.): *Die organisierte Welt: Internationale Beziehungen und Organisationsforschung.* Baden-Baden: Nomos, 290–308.

Dahl, Robert A. (1989): *Democracy and its critics.* Yale: Yale University Press.

Donges, Patrick & Jarren, Otfried (2017): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft.* Wiesbaden: Springer VS.

Hodson, Dermot & Puetter, Uwe (2016): *The Euro Crisis and European Integration.* In: Cini, Michelle & Pérez-Solórzano-Borrágán, Nieves (Hg.): *European Union Politics.* Oxford: Oxford University Press, 365–379.

Hoffjann, Olaf (2001): *Journalismus und PR. Ein Theorieentwurf der Intersystembeziehungen in sozialen Konflikten.* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Klenk, Florian et al. (2018): "Ich mochte nicht, dass Sie in Bedrängnis gebracht wurden". *Falter Zeitung Online*, 10.10.2018. Verfügbar unter: <https://www.falter.at/zeitung/20181010/ich-mochte-nicht-dass-sie-in-bedaengnis-gebracht-wurden/23d8bab7a4?ver=b> [abgerufen am: 20.01.2019].

Liebert, Ulrike & Jennichen, Anne (Hg.) (2019): *Europeanisation and Renationalisation. Learning from Crisis for Innovation and Development.* Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Lünenborg, Margreth (2004): *Europa ohne Öffentlichkeit? Theorien zur Analyse europäischer Journalismuskulturen.* In: Löffelholz, Martin (Hg.): *Theorien des Journalismus. Ein diskursives Handbuch.* Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 435–450.

Merkel, Bernd & Russ-Mohl, Stephan & Zavaritt, Giovanni (Hg.) (2007): *A Complicated, Antagonistic & Symbiotic Affair. Journalism, Public Relations and their Struggle for Public Attention.* Lugano: Giampero Casagrande editore, 35–39.

Plaikner, Peter (2019): *Die schwierige Gratwanderung.* *Kleine Zeitung*, 17.09. 2019, 60.

Schwarzenegger, Christian (2008). *Von gallischen und potemkinschen Dörfern. Die EU-Kampagne der „Kronen Zeitung“.* *Journalistik Journal*, 11, 26–27.

Welfens, Paul J. J. (2017): *Brexit: A Campaign and a Fatal Communication Disaster.* In: Welfens, Paul J. J.: *An Accidental Brexit. New EU and Transatlantic Economic Perspectives,* Cham: Palgrave Macmillan, 33–79.

Wessler, Hartmut & Brüggemann, Michael (2012): *Transnationale Kommunikation. Eine Einführung.* Wiesbaden: Springer.